

033

April 2013

Info-Teaser für Aktive

JUNGE IMPULSE

Jugendpolitische Umfeldbeobachtungen

Junge Politik

Neue Studie:

Generation Prekär in Deutschland

Entgegen den üblichen Darstellungen der Bundesregierung haben Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland ein überdurchschnittliches Verarmungsrisiko. Einer Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zufolge sind rund 1,2 Millionen junger Menschen zwischen 15 und 34 Jahren von Armut betroffen. 60 Prozent der Arbeitslosen im Alter von 15 bis 24 Jahren oder 142.000 junge Menschen sind auf Hartz IV angewiesen. Dies zeige den "Widerspruch zwischen der politischen Rhetorik von Teilhabegerechtigkeit und der tatsächlichen Bildungspolitik zugunsten benachteiligter Bildungsschichten" hieß es beim DGB. Am schlimmsten ist die Lage der Studie zufolge in Berlin, Sachsen-Anhalt und Bremen, wo zwischen 21,6 und 16,4 Prozent der Jungen auf Hartz IV angewiesen sind. Jeder sechste Jugendliche ist zudem trotz einer Beschäftigung auf Unterstützung angewiesen, daher müsse der Niedriglohnsektor endlich eingedämmt werden, hieß es. → [Weiter...](#)

Deutschland und Europa:

Kritik an Bundesregierung wird schärfer

Das sture Beharren von Kanzlerin Merkel auf ihrem europa- und währungspolitischen Kurs ruft immer mehr Gegner auf den Plan. Nun reihte sich auch der amerikanisch-ungarische Star-Spekulant George Soros in die lange Reihe der Deutschland-Kritiker ein. In einem Essay forderte er die Bundesregierung auf, die Blockadehaltung gegen Euro-Bonds aufzugeben – oder den Euro selbst zu verlassen. "Die Schuldner werden einer Politik unterworfen, die die Depression, in der sie sich befinden, vertieft, ihre

Schuldenlast verschlimmert und ihre untergeordnete Position zum Dauerzustand macht. Infolgedessen droht die Krise nun, die Europäische Union zu zerstören", schreibt Soros. Dazu habe gerade Deutschland kein Recht, so der Top-Spekulant. Soros kennt sich aus in Währungsfragen: Er wurde 1992 mit einer spektakulären Wette gegen das britische Pfund bekannt, mit der er die englische Währung aus dem Europäischen Währungssystem warf. → [Weiter...](#)

1. Mai 2013:

Gute Arbeit, sichere Rente, soziales Europa

Tag der Arbeit, Maifeiertag, Kampftag der Arbeiterbewegung: Der 1. Mai ist ein Datum von großer Symbolkraft – und das gilt in Wahljahren einmal mehr. Unter dem Motto "1. Mai – Unser Tag" ruft der Deutsche Gewerkschaftsbund daher auch in diesem Jahr zu zahlreichen Kundgebungen im ganzen Land auf. Im Mittelpunkt stehen dabei die Themen "Gute Arbeit", "Sichere Rente" und "Soziales Europa". Auf den zentralen Kundgebungen sprechen in diesem Jahr Klaus Wieseberg von der IG BAU in Solingen, Michael Vassiliadis von der IG BCE in Hamburg, Alexander Kirchner von der Eisenbahner-Gewerkschaft EVG in Frankfurt, Bertold Huber, 1. Vorsitzender der IG Metall in Stuttgart, Ulrich Thöne von der GEW in Bremerhaven, Franz-Josef Möllenberg von der NGG in Gelsenkirchen und Frank Bsirske von ver.di in Ludwigshafen. Zudem sind zahlreiche weitere Veranstaltungen und Kundgebungen geplant. → [Weiter...](#)

Bundesweiter Aktionstag:

Demos für "UmFAIRteilen" in über 100 Städten

In rund 100 Städten sind am 13. April Zehntausende Menschen auf die Straßen gegangen, um für eine stärkere Besteuerung von Reichtum, gegen soziale Ungleichheit und weiteren Sozialabbau zu demonstrieren. Damit fanden

in mehr als doppelt so vielen Orten Aktionen statt wie beim ersten Aktionstag 2012. Die Palette reichte von Menschenketten, kritischen Stadtrundgängen über Straßentheater, Gottesdienste und Open-Air-Konzerte bis hin zu Unterschriftenaktionen und Demonstrationen. Bereits zum zweiten Mal hatten Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Sozialverbände und andere Organisationen zu bundesweiten Protesten unter dem Motto "Umfairteilen – Reichtum besteuern!" aufgerufen. ➔ [Weiter...](#)

Junge Gesellschaft

Gedenken im Internet:

Website zur Zerschlagung der Gewerkschaften 1933

Nachdem die Nationalsozialisten 1933 die Macht ergriffen hatten, begannen sie umgehend mit dem Umbau des Staates zur Diktatur. Erst warfen sie die Kommunisten und Sozialdemokraten in Gefängnisse und KZs, dann beseitigten sie die demokratische Staatsordnung der Weimarer Republik. Mit der Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 zerstörten die Nazis eines der letzten Bollwerke, das der absoluten Machtergreifung noch hätte im Weg stehen können. Daran erinnert nun eine Dokumentation, die der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) unter dem Titel "Zerstörte Vielfalt" in Auftrag gegeben hat und die im Internet besucht werden kann. Die Website skizziert die Ereignisse um den 2. Mai 1933 und informiert multimedial über 18 Berliner Erinnerungsorte, die im Zusammenhang mit der Gewerkschaftsgeschichte der Hauptstadt stehen. Darüber hinaus ermöglichen 22 Biografien unterschiedliche Perspektiven auf die Geschehnisse im Jahr 1933. "Zerstörte Vielfalt" ist ein medienpädagogisches Angebot, das der DGB in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin entwickelt hat. ➔ [Weiter...](#)

Dokumentation im Internet:

Karte des braunen Deutschland

Seit der Mordserie des so genannten NSU und dem dramatischen Versagen der staatlichen Geheimdienste hat das Thema rechte Gewalt neue Aufmerksamkeit in Gesellschaft und Medien erhalten. Ein neues Projekt im Internet macht es nun leichter, den Überblick zu behalten. "Rechtes Land" zeigt auf einer interaktiven Karte Tatorte, Schauplätze und Ereignisse der rechten Szene. So wird nicht nur auf einen Blick deutlich, dass rechte Gewalt und faschistische Einstellungen keineswegs nur ein ostdeutsches Problem sind, es lassen sich auch verschiedene Kategorien filtern und getrennt anzeigen, darunter auch Beratungsstellen für Opfer und Aussteiger aus der Szene. Dem Projekt geht es we-

niger um das Sammeln neuer Informationen, als darum bereits vorhandenes Wissen zu bündeln und ortsbezogen darzustellen. Die benötigten 5.000 Euro für den Start des Projektes wurden über eine Crowdfunding-Kampagne gesammelt. ➔ [Weiter...](#)

Europa von unten:

Initiative für mehr EU-Demokratie

Die Sorge um Gegenwart und Zukunft der Europäischen Union bewegt immer mehr Akteure aus Politik und Gesellschaft dazu, Initiativen zur Unterstützung der europäischen Idee ins Leben zu rufen. Die "Bürgerbewegung für ein besseres Europa Avanti Europe!" ist die jüngste Gründung in dieser Reihe. "Unser Ziel ist eine europäische Bürgerbewegung: proeuropäisch, aber aktionsorientiert und kritisch zur Politik der EU heute", erklärt Mitgründer Sven Giegold, grüner EU-Parlamentarier und ehemaliger Gründer von Attac. Vorbild für Avanti Europe sind Internetplattformen wie Avaaz, MoveOn oder Campact, die ihren Widerstand gegen aktuelle Missstände vor allem online organisieren. "Echter Druck wird nur entstehen, wenn viele Tausend Menschen mitmachen", so Giegold. ➔ [Weiter...](#)

Nazis erleben Pechsträhne:

NPD-Parteitag wegen Baustelle abgesagt

Die NPD kann derzeit nicht unbedingt von Glück reden: Erst mussten die Nazis alle fest angestellten Mitarbeiter in der Berliner Zentrale entlassen, weil der Partei das Geld ausgegangen ist, dann musste auch noch der Parteitag abgesagt werden. Das allerdings war weniger leeren Kassen als vielmehr findigen Mitarbeitern des Landratsamtes in Coburg zu verdanken, wo die Veranstaltung stattfinden sollte. Dort erinnerte man sich plötzlich daran, dass auf der einzigen Zufahrtsstraße zum NPD-Gelände schon seit längerem dringliche Bauarbeiten ausstanden, die eine Vollsperrung der Straße unausweichlich machten und keinen weiteren Aufschub duldeten. Dadurch wurde die Zufahrt zum Veranstaltungsgelände zumindest mit größeren Fahrzeugen, wie sie zum Aufbau einer Veranstaltung in der Regel erforderlich sind, unmöglich gemacht. Der Parteitag musste also "wegen Straßenbauarbeiten" abgesagt werden. ➔ [Weiter...](#)

Junges Leben

Neues Buch:

Totalitäre Systeme in der EU?

Bislang galt die Mitgliedschaft in der Europäischen Union als Garant für die Wahrung hoher Standards in Sachen

Demokratie und Rechtsstaat – bis die Regierung Orbán in Ungarn bewies, dass auch dies nicht länger gilt. Doch was kann und was darf Europa gegen den Aufbau eines totalitären Systems unternehmen, das in den europäischen Verträgen für unmöglich gehalten wurde? Jan-Werner Müller, Politologe an der amerikanischen Princeton-Universität spielt am Beispiel Ungarn detailliert den Weg eines europäischen, relativ erfolgreichen demokratischen Verfassungsstaates in eine "gelenkte Demokratie" durch – und stellt fest, dass die EU über wenige und kaum wirksame Instrumente verfügt. ➔ [Weiter...](#)

Neues Buch:

Die Finanzkrise und die Zukunft der Demokratie

Kapitalismus und Demokratie galten und gelten vielen als zwei Seiten einer Medaille, deren Erfolg sich in den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg gegenseitig bedingt habe. In letzter Zeit mehren sich jedoch die Stimmen, die diese Verbindung in Frage stellen. "Gekaufte Zeit" des Soziologen Wolfgang Streeck ist ein solches Buch: Streeck legt darin die Wurzeln der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise frei – und zeigt, wie sich aus dem sozialen Kapitalismus der Nachkriegszeit der jetzige Neo-Kapitalismus entwickelt hat. Die aktuelle Krise beschreibt er als vorläufigen Höhepunkt einer langen Transformation des Systems, die in der Ölkrise der 1970er-Jahre ihren Ausgang nahm und das Finanzkapital zum mächtigen Gegenspieler der Demokratie hat werden lassen. Streeck zeigt, wie sich die Politik immer wieder Zeit erkaufte, um die Lösung der Probleme, für die sie keine Antwort hatte, in die Zukunft zu verschieben. Die Folgen für die Demokratie könnten kaum dramatischer sein: Die Souveränität der Staaten wird beschnitten, Politik und Gesellschaft unterwerfen sich dem Diktat der Finanzmärkte, so Wolfgang Streeck. ➔ [Weiter...](#)

Kongress in Berlin:

"Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit"

Die Debatte um die Folgen der Kapitalismuskrisis und die Zukunft der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung reißt vor dem Hintergrund einer erneuten Verschärfung der Situation im Euro-Raum nicht ab. Unter dem Motto "Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit" findet daher vom 24.-26. Mai ein Kongress an der TU Berlin statt, der von Organisationen und Initiativen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz ausgerichtet wird, unter anderem vom Deutschen Gewerkschaftsbund und der Hans-Böckler-Stiftung. Im Zentrum der Diskussionen soll dabei der Widerspruch zwischen staatlichen Sparorgien und den hochriskanten Wetten an den weiterhin völlig deregulierten Finanzmärkten stehen.

Mit dabei sind Gäste aus dem In- und Ausland wie der Autor Brian Ashley, die Ökonomen John Christensen, Özlem Onaran, Heiner Flassbeck und Marica Frangakis, der SPD-Politiker Michael Hartmann und Vertreter der Veranstalterorganisationen wie Annelie Buntenbach vom DGB-Vorstand und der Vorsitzende von ver.di Frank Bsirske. ➔ [Weiter...](#)

Internet-Gag:

"Weltverschwörungsgenerator" aus Österreich

Verschwörungstheorien gibt es viele und alle zeichnen sich dadurch aus, dass sie einfache Erklärungen für komplexe Sachverhalte bieten und klare Schuldzuweisungen aussprechen. Ob Mondlandung oder 9/11 – das Muster ist immer ähnlich: Um einen geheimen Plan wie beispielsweise die Weltherrschaft durchzusetzen, vertuschen dunkle Akteure im Hintergrund die skandalöse eigentliche Wahrheit. Dieses Muster greift nun eine Internetseite aus Österreich auf, wo Verschwörungstheorien aller Art insbesondere in rechten Kreisen seit jeher sehr beliebt sind. Das geht in etwa so: "Die Systemmedien sind mit der Hilfe der Machteliten Schuld daran, dass 9/11 geschehen konnte und wir auf den Bankrott einzelner Staaten zusteuern – während es eigentlich um die Errichtung eines sozialistischen EU-Superstaats geht." Auf Knopfdruck lassen sich auf der Webseite zahlreiche weitere Verschwörungen generieren – ganz nach dem Motto: Stammtischparolen ausgegangen? Kein Problem! ➔ [Weiter...](#)

Am Ende

Hell Inc.:

Thatcher privatisiert Hölle

Nach dem Tod der ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher zeichnen sich an ihrem neuen Aufenthaltsort erste grundlegende Veränderungen ab: Die Hölle solle schnellstmöglich privatisiert werden, verkündete Satan auf einer Pressekonferenz. Um für Investoren attraktiv zu werden und angemessene Profite erwirtschaften zu können, sollen die Kirchen wohlhabenden Sterbenden künftig eine bessere Behandlung in der Hölle verkaufen, das Angebot reiche vom einfachen Nachlass der schlimmsten Qualen bis zum Leben wie Satan in Frankreich, hieß es. Unterdessen haben die Gewerkschaften Streiks angekündigt, man befürchte, dass in der Hölle bald Zustände herrschen könnten, wie sie in Großbritannien seit Jahren

➔ [üblich seien.](#)